



Militarisierung der deutschen Außenpolitik und Verantwortung aus deutscher Geschichte

Dr. med. Dorothea Wagner-Kolb

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde der IPPNW,
meine Damen und Herren!

Verantwortung aus deutscher Geschichte, was Militarismus und Krieg anbetrifft, dazu ist viel zu sagen. Von deutschem Boden sind im Laufe der letzten Jahrhunderte viele Kriege ausgegangen, zuletzt die beiden verheerenden Weltkriege im 20. Jahrhundert. Allein der Zweite Weltkrieg hat fast ganz Europa in Schutt und Asche gelegt mit über 60-Millionen Toten und über 20-Millionen Flüchtlingen und Vertriebenen. Die Zahl der Verstümmelten, physisch und psychisch Kranken, die durch den Krieg bis an ihr Lebensende traumatisiert sind, ist unermesslich.

Deshalb tragen gerade wir Deutschen von unserer Geschichte her eine besondere Verantwortung, alles in unserer Politik dafür zu tun, bei internationalen Konflikten friedliche Wege zu finden und uns vom Kult der Gewalt endgültig zu verabschieden.

Ich selbst gehöre noch zu der Generation, die Ende Januar 1945 bei klirrendem Frost und Schneesturm zu Fuß aus Ostpreußen geflohen ist und bei Kanonendonner und Tieffliegerbeschuß ums nackte Leben rannte. Für mich, die ich die Schrecken des Krieges hautnah erlebt habe und die mich selbst im Alter noch in Träumen verfolgen, steht eines unverrückbar fest: Krieg darf nie wieder sein!

Leider liest sich die Geschichte der Militarisierung der deutschen Außenpolitik von 1945 bis heute anders -- wie ein spannender, aber schlechter Kriminalroman. Lassen Sie mich stichwortartig darstellen, was sich in den letzten 63 Jahren in dieser Hinsicht in Deutschland ereignet hat.

Alle Referenten-Informationen sind auch elektronisch im Internet verfügbar:
www.kultur-des-friedens.de

**3. Öffentlicher Kongress der IPPNW: Kultur des Friedens
Berlin Urania, 12.-14. September 2008**

Deutsche Sektion der internationalen Ärzte für die Verhinderung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer
Verantwortung e.V. (IPPNW) · Körtestraße 10 · 10967 Berlin · Tel 030-698074-0 · ippnw@ippnw.de

Nach der bedingungslosen Kapitulation im Mai 1945 und im Angesicht eines total zertrümmerten Deutschland meldeten sich nach anfänglichem Verstummen bereits 1946 einige Männer zu Wort, die später in der jungen Bundesrepublik das Sagen haben sollten:

Konrad Adenauer sagte: „Ich bin stolz darauf, nie Soldat gewesen zu sein.“
Franz Josef Strauß drückte sich deutlicher aus: „Die Hand soll verdorren, die jemals wieder ein Gewehr anfaßt.“

1948/49 kam es zur „Berliner Blockade“. Der „Kalte Krieg“ begann. 1949 wurde daraufhin die NATO gegründet, und die „Bundesrepublik Deutschland“ entstand. Kanzler Konrad Adenauer sagte damals: „Die Bundesregierung erklärt ihre feste Entschlossenheit, die Entmilitarisierung des Bundesgebietes aufrechtzuerhalten, und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung eigener Militärstreitkräfte zu verhindern.“

Im Grundgesetz von 1949 stand deshalb auch nichts über Wiederbewaffnung, Militär oder Aufrüstung. Erst 1955, mit der Gründung der Bundeswehr, wurde dem Artikel 12 über „Berufsfreiheit und Verbot der Zwangsarbeit“ der Artikel 12a beigefügt, in dem es um „Wehr- und Dienstpflicht“ geht. Bis dahin haben sich dramatische Ereignisse in der deutschen Politik abgespielt.

Bereits im Oktober 1950 kam es zu einem geheimen Treffen von Adenauer und ehemaligen Offizieren der deutschen Wehrmacht. Man besprach den Auf- und Ausbau einer Bundeswehr. Ohne Wissen des Kabinetts schlug Adenauer den Westmächten den Aufbau einer bewaffneten Streitmacht in der Bundesrepublik vor. Sein damaliger Innenminister Gustav Heinemann sagte, als er von Adenauers Plänen erfuhr: „Wenn Sie sich für eine Beteiligung an einer Westeuropäischen Armee entscheiden, dann ist für mich kein Raum mehr im Kabinett.“ Er zog tatsächlich die Konsequenzen und trat als Innenminister zurück.

Adenauer erklärte daraufhin 1951: „Für die Bundesrepublik muß ich mit Nachdruck erklären, daß von ihrer Seite nichts unternommen wurde, was eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik notwendig macht.“ -- Hier log er.

Doch bald schon bekannte er Farbe und sagte 1952: „Der beste Weg, den deutschen Osten wiederzuerlangen, ist die Wiederbewaffnung Deutschlands innerhalb der Europa-Armee.“ Und weiter: „Es geht aber darum, ob Europa christlich bleibt oder ob Europa heidnisch wird.“

Heinemann trat 1952 aus der CDU aus und 1957 in die SPD ein. Eines seiner großen Worte: „Wer nicht reden will, dem bleibt nur das Schießen, auch nach innen.“

1954 sagte Adenauer: „Die deutsche Wiederbewaffnung ist der erste Schritt zur Abrüstung.“

Diesen Satz muß man sich einmal so richtig 'reinziehen. Ist das Dialektik? Hohe Philosophie? Oder Verdummung? Zynismus? -- Ich denke an den Staatsphilosophen Machiavelli, der sich bereits im 15./16. Jahrhundert durch rücksichtsloses Machtdenken auszeichnete. Rücksichtslosigkeit sei für das Staatswohl besser als Vorsicht; Politik und Moral seien strikt voneinander zu trennen. Sein berühmter Satz „Der Zweck heiligt die Mittel“ hat bis heute Gültigkeit. Wenn Adenauer, auf seine widersprüchlichen Aussagen angesprochen, in seiner bekannten Kölner Mundart

antwortete: „Was geht mich mein Geschwätz von gestern an“, dann ist das meines Erachtens Machiavellinismus!

Nach der Gründung des „Warschauer Paktes“ 1955 entließen die Westmächte die Bundesrepublik Deutschland in die Unabhängigkeit und gestanden ihr das Recht zu, im Rahmen der Westeuropäischen Union und des Nordatlantikpakts (NATO) eigene Streitkräfte, eine 500 000 Mann starke Armee, aufzustellen. Die allgemeine Wehrpflicht wurde eingeführt, und die Bundeswehr trat der NATO bei -- zehn Jahre nach der Kapitulation und dem Versprechen: nie wieder ein bewaffnetes Deutschland. Der erste deutsche Verteidigungsminister war Theodor Blank.

Bald schon begann die NATO, sich mit Atomwaffen zu versorgen. Ein atomares Wettrüsten begann zwischen Ost und West, das in den achtziger Jahren zu einem Gleichgewicht des Schreckens mit einem vielfachen „Overkill“ eskalierte.

Es kam zu Protesten. Vor allem warnten wissenschaftliche Experten vor einem Atomkrieg. Albert Einstein, einst Befürworter der Atombombe, sagte nach Hiroshima: „Unserer Welt droht eine Krise, deren Umfang anscheinend denen entgeht, in deren Macht es steht, große Entscheidungen zum Guten oder Bösen zu treffen. Die entfesselte Macht des Atoms hat alles verändert, nur nicht unsere Denkweisen. Auf diese Weise gleiten wir einer Katastrophe ohnegleichen entgegen. Wir brauchen eine wesentlich neue Denkungsart, wenn die Menschheit am Leben bleiben soll.“

1957 forderte Albert Schweitzer in einer Mahnrede einen Stopp aller Atombombenversuche und appellierte an die Staatsmänner der Weltmächte, durch ein internationales Übereinkommen die gefährlichen Tests einzustellen.

Etwa gleichzeitig, 1957, bekannten achtzehn Göttinger Atomphysiker -- unter ihnen Carl Friedrich von Weizsäcker, Otto Hahn, Werner Heisenberg und andere -- öffentlich ihre tiefe Sorge und protestierten gegen die geplante atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Niemals würden sie sich als Wissenschaftler für die Schaffung und Weiterentwicklung von Atomwaffen hergeben!

Adenauer beschwichtigte: „Die taktischen Atomwaffen sind im Grunde nichts anderes als eine Weiterentwicklung der Artillerie, und es ist ganz selbstverständlich, daß wir nicht darauf verzichten können, daß unsere Truppen auch bei uns die neuesten Typen haben.“ -- Wußte er es nicht besser? Gewiß wußte er es, aber er belog sein Volk.

Franz Josef Strauß, ab 1956 Verteidigungsminister, blies in dasselbe Horn. Auf seine polemische Art sagte er: „Die Deutschen können den Russen nicht mit Pfeil und Bogen gegenüberstehen.“ Darüberhinaus reagierte er beleidigend auf die „Göttinger Erklärung“ und diffamierte die Wissenschaftler, indem er über Otto Hahn sagte: „Er ist ein alter Trottel, der die Tränen nicht halten und nachts nicht schlafen kann, wenn er an Hiroshima denkt.“ -- Carl Friedrich von Weizsäcker zog sich aus der Atomforschung zurück und übernahm 1957 einen Lehrstuhl für Philosophie an der Hamburger Universität.

Adenauer 1957: „Wir sorgen dafür, daß die Sozialdemokratische Partei niemals an die Macht kommt. Wir sind dazu fest entschlossen, weil wir glauben, daß mit einem Sieg der SPD, die uns aus der NATO herausführen, die allgemeine Wehrpflicht abschaffen und die NATO auflösen will, der Untergang Deutschlands erfolgt.“

Am 16. November 1957 traf Adenauer, zusammen mit dem französischen Staatssekretär Maurice Faure, eine Vereinbarung zum gemeinsamen Atombombenbau, die jedoch von Charles de Gaulle im Juni 1958 vereitelt wurde.

Immerhin beschloß die NATO im März 1958 die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, ohne daß diese jedoch ein alleiniges Verfügungsrecht über diese Waffen bekam. „Nukleare Teilhabe“ nannte man das -- und nennt es so bis heute.

Dennoch gab es Stimmen, die gegen die atomare Aufrüstung protestierten: so Gustav Heinemann: „Die Atombombe ist ein Verstoß gegen die abendländische Kultur.“

1958 fand in London der erste Ostermarsch statt und in der Bundesrepublik die größte Friedensdemonstration auf dem Hamburger Rathausmarkt. Mehr als 150 000 Menschen protestierten vehement gegen die geplante atomare Bewaffnung der Bundeswehr. „Kampf dem Atomtod“ lautete ihr Slogan. Der erste deutsche Ostermarsch fand 1960 in Norddeutschland statt.

Der Kampf im Innern ging weiter. 1960 sagte Adenauer: „Wer der Bundeswehr die taktischen Atomwaffen vorenthalten will, ist ein Narr oder Böseres.“ -- Und 1961 fügte er hinzu: „Es ist der sichere Untergang, wenn die Bundeswehr keine Atomwaffen hat.“

Der Prozeß war nicht aufzuhalten. 1960 wurde die Bundeswehr mit Trägersystemen ausgestattet, auf deutschem Boden wurden Atomwaffen gelagert, das deutsche Militär trainierte den Umgang mit diesen Waffen zu Lande, zu Wasser und in der Luft -- bis heute.

Am 13. August 1961 entstand die „Mauer“ zwischen der DDR und der BRD. 1962 stand die Welt durch die „Kuba-Krise“ kurz vor einem Atomkrieg. Man hielt den Atem an. Panische Angst machte sich breit.

Im Jahr 1963 bewegte sich etwas auf der Weltbühne. Die Westmächte unterschrieben mit der Sowjetunion einen Vertrag zum Verbot überirdischer Atomversuche, und 1967 unterschrieb man den Atomwaffensperrvertrag, der allerdings bis heute nicht greift -- im Gegenteil.

Ab 1969 bemühte sich Bundeskanzler Willy Brandt um eine Verbesserung der Ost-West-Beziehungen. 1970 schloß er mit der Sowjetunion und mit Polen die „Ostverträge“ ab. Sein Kniefall 1970 vor dem Warschauer Ghetto als Zeichen der Versöhnung ist in die Geschichte eingegangen.

Brandts Nachfolger als Bundeskanzler wurde 1974 Helmut Schmidt, ursprünglich ein heftiger Gegner der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr. Doch mußte er sich den „Sachzwängen“ beugen, als es 1979 zu einer erneuten Eskalation zwischen Ost und West kam. Er vertrat mit großem Engagement den „NATO-Doppelbeschuß“, der 1983 zu einer verstärkten Stationierung amerikanischer Atomwaffen auf deutschem Boden führte. Begriffe wie „Pershing II“ und „Cruise Missiles“ waren in aller Munde. Ein Pokerspiel mit hohem Risiko: Erneut drohte ein atomarer Weltkrieg.

Die Bevölkerung protestierte.

Im Februar 1982 wurde die deutsche Sektion der „IPPNW“ gegründet, die seitdem gegen die atomaren Gefahren für die Menschheit kämpft und Friedensziele verfolgt. Es folgten Friedensinitiativen verschiedenster Berufsgruppen: der Juristen, Naturwissenschaftler, Lehrer, Architekten, Künstler und anderer.

1983 fanden sich deutsche Offiziere im „Darmstädter Signal“ zusammen, um die Bevölkerung auf den militärischen Unsinn einer atomaren Hochrüstung hinzuweisen.

Weltweit kam es zu Friedensmärschen und Mahnwachen. Hunderttausende gingen auch in der Bundesrepublik auf die Straße, um ihrem Unmut Luft zu machen. Oskar Lafontaine rief auf einer Veranstaltung: „Pershing II ist die Option auf den eigenen Selbstmord.“ Die Kirchentage kannten kaum noch ein anderes Thema: Es ging um die drohende Auslöschung jeglichen Lebens -- durchaus ein Thema für Kirchen! Carl-Friedrich von Weizsäcker warb für einen „Konziliaren Prozeß für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, der in den folgenden Jahren von den Kirchen aller Konfessionen weltweit vorangetrieben wurde.

1985 wurden die Abrüstungsverhandlungen wieder aufgenommen, 1987 einigte man sich schließlich auf die „Doppelte Null-Lösung“, und der INF-Vertrag über den Abbau von nuklearen Mittelstreckenraketen wurde unterzeichnet.

1988 begann die Sowjetunion unter Michail Gorbatschow mit der einseitigen Abrüstung. Im Westen war man mißtrauisch. Der damalige Verteidigungsminister Manfred Wörner sagte: „Die Frage der Modernisierung der taktischen Nuklearwaffen des westlichen Bündnisses ist durch die sowjetischen Maßnahmen nicht berührt.“ -- Und der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl meinte: Zitat: „Die Modernisierungsentscheidung muß unabhängig davon getroffen werden, ob die sowjetische Führung der Aufforderung nachkomme, ihr eigenes nukleares Kurzstreckenpotential zu reduzieren oder nicht. Diese sogenannte Modernisierung, das heißt vor allem, die neuerliche Aufrüstung mit see- und luftgestützten Marschflugkörpern, bildet nach wie vor den Kern des in Arbeit befindlichen Gesamtkonzepts der NATO.“ Zitat Ende.

Am 9. November 1989 geschah Unvorstellbares, was niemand auf der Welt erwartet hatte: Die „Mauer“ zwischen Ost- und Westdeutschland fiel, mit ihr der „Eiserne Vorhang“. Der „Kalte Krieg“ war beendet. Die Sowjetunion zerfiel. Der „Warschauer Pakt“ wurde 1991 aufgelöst.

Jeder vernünftige Mensch erwartete, daß sich nun auch die NATO auflösen würde, da sie ihre Gründungsmotivation, den Westen gegen die Gefahren des Ostens zu verteidigen, verloren hatte. In den Kreisen der NATO brach Panik aus. In Windeseile wurde eine neue Strategie entwickelt: „Out of Area“. Man müsse das eigene Land nicht innerhalb der eigenen Grenzen verteidigen, sondern dort, von wo eine Bedrohung ausgehen könnte. Man baute ein neues Feindbild auf. Der amerikanische Präsident George W. Bush sprach später von „Schurkenstaaten“ und benannte sie: Irak, Afghanistan, Iran, Nordkorea und andere.

Überhaupt veränderte sich das Vokabular unserer Politiker drastisch. Es verrohete und brutalisierte. Man kann nicht von Sprachkultur reden, wenn der Verteidigungsminister Volker Rühe während des Jugoslawienkrieges von „orthodoxen Balkan-Lümmeln“ spricht, oder Manfred Kanther als Innenminister die Demonstranten gegen Castor-Transporte in Deutschland „unappetitliches Pack“ nennt. Wozu nur sind wir im „Land der Dichter und Denker“ verkommen? -- Auch der

Ausdruck „Kollateralschaden“ ist eine Neuschöpfung, mit dem die Opfer der Zivilbevölkerung verharmlost werden sollen: Tote, Verstümmelte, durch die neuen Uranwaffen Verstrahlte, Obdachlose, Flüchtlinge, Hungernde, Arbeitslose, Hoffnungslose.

Im Grunde genommen geht es der NATO um etwas gänzlich anderes: um den Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen. In den „Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992“ liest man von „vitalen Sicherheitsinteressen“.

1996 hat der Internationale Gerichtshof in Den Haag ein Gutachten zur Ächtung von Atomwaffen erstellt. Darin heißt es: „Die Drohung mit, bzw. der Einsatz von Atomwaffen verstößt gegen das Völkerrecht.“ Auch 57 Generäle und Admirale aus 17 Ländern haben öffentlich erklärt, daß es zu einer atomwaffenfreien Welt keine Alternative gibt. -- Wer schert sich drum? Bis heute lagern immer noch amerikanische Atomwaffen in Europa: in Belgien, den Niederlanden, Italien, der Türkei -- und in Deutschland: Etwa zwanzig Atombomben des Typs B-61 befinden sich in Büchel, und deutsche „Tornado“-Piloten üben immer noch, wie sie Waffen mit der zehnfachen Sprengkraft der Hiroshima-Bombe über Feindesland abzuwerfen hätten.

Im Zuge der neuen NATO-Doktrin ist es möglich, „verdächtige“ Staaten militärisch zu überfallen, so wie wir es im Irak und in Afghanistan erlebt haben und immer noch erleben. Für die Deutschen als NATO-Mitglied bedeutet das, mitmachen zu müssen, obwohl es im Land heftige Diskussionen über Verfassungsbruch und Völkerrechtswidrigkeit gibt. Hoch schlugen die Wellen, als die Bundeswehr zum ersten Mal seit 1945 in Kampfhandlungen verwickelt wurde -- das geschah 1998/99 im Kosovo-Krieg. Bis heute sind deutsche Soldaten weltweit im Einsatz: im Kosovo immer noch 2800 Mann; in Afghanistan 3500. Am Horn von Afrika und vor der libanesischen Küste im Mittelmeer patrouillieren deutsche Kriegsschiffe. Man findet deutsche Landser im Irak, in Afrika und anderswo.

Der grundgesetzliche Auftrag der deutschen Bundeswehr heißt „Landesverteidigung“. Im Juni 2000 stimmte das Bundeskabinett den Plänen des damaligen Verteidigungsministers Rudolf Scharping zu, die Bundeswehr zur „Interventionsarmee“ umzubauen -- Umrüstung zur Angriffsfähigkeit. Diese Aufrüstungsreform verschlingt viel Geld.

Der 11. September 2001 veränderte die Welt. Terroristische Angriffe auf die Vereinigten Staaten. Spätestens jetzt hätte man sich überlegen müssen, warum es zu dieser Eskalation des Terrors gekommen ist, wo die Wurzeln des Terrors zu suchen sind. Jahrhundertlang haben die Staaten Europas und Nordamerikas den Rest der Welt erpreßt und ausgebeutet. Das schürt Haß. Warum war man nicht in der Lage, die anderen als Gleichberechtigte anzuerkennen und mit ihnen in faire Handelsgeschäfte einzutreten? Vernünftige Denker wären hier am Platz gewesen. Doch Präsident George W. Bush reagierte auf seine Weise und griff Afghanistan als Wiege der Terroristen militärisch an. Ein Krieg begann, in den alle NATO-Länder mit hineingerissen wurden. Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder sagte den Amerikanern „uneingeschränkte Solidarität“ zu.

Ich sage bewußt: Krieg! Wenn geschossen wird, wenn Bomben fallen, wenn Menschen getötet werden, dann ist das Krieg! Das Wort „Krieg“ vermeidet man heute tunlichst, weil z.B. Deutsche dann da laut Verfassung nicht mitmachen dürften. Der damalige Verteidigungsminister Peter Struck sagte deshalb: „Wir müssen die

Sicherheit und die Freiheit Deutschlands am Hindukusch verteidigen.“ --
Verteidigung! Nicht Krieg!

Kürzlich forderte Verteidigungsminister Jung, den Einsatz der Deutschen in Afghanistan von 3500 auf 4500 Mann aufzustocken. Zukünftig sollen sie dort nicht mehr nur humanitäre Dienste verrichten, beim Aufbau der zerstörten Infrastruktur helfen und um Vertrauen in der Bevölkerung werben, sondern sie sollen direkt in Kampfhandlungen verstrickt werden. So weit sind wir gekommen! --
Verfassungsbruch?

Oh nein! Verteidigungsminister Franz-Josef Jung sagte deshalb kürzlich in einem Interview: „Krieg? Da denke ich an den letzten Weltkrieg mit Millionen von Toten. Krieg gibt es nur zwischen Staaten. Wir verteidigen uns gegen Terroristen. Die sind kein Staat. Wir führen keinen Krieg gegen Afghanistan, wir bekämpfen Terroristen! Das ist kein Krieg!“

Wie will man „Krieg“ definieren? Will man ihn an der Zahl von Toten messen? Bisher sind 28 deutsche Soldaten in Afghanistan umgekommen. Die Zahl der Toten, ob Invasoren, Terroristen, Einheimische, Frauen und Kinder, geht bereits ins Unermeßliche. Wir müssen ehrlich sein: In Afghanistan herrscht Krieg!

Im Jahr 2007 machten die Militärausgaben in Deutschland 1,4 Prozent des Bruttosozialprodukts aus. Nach Aussage von Angela Merkel wird dieser Anteil zukünftig deutlich steigen. Aufrüstung statt Abrüstung!

Die weltweiten Militärausgaben sind heute höher als im Kalten Krieg. Deutschland übt sich in friedliebender Rhetorik und leistet gleichzeitig seinen Beitrag zur Modernisierung der Waffenarsenale.

Eines möchte ich an dieser Stelle hinzufügen, wenn es um die Unglaubwürdigkeit deutscher Politik geht. Deutschland steht weltweit nach Amerika und Rußland an dritter Stelle im Waffenexport, in Europa an erster Stelle. Das ist ein Skandal! Nur zu sechzig Prozent gehen diese Waffen an NATO- und EU-Staaten, der Rest landet in Spannungsgebieten und in den Händen zwielichtiger Truppen. Wie das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI errechnete, steigerte Deutschland den Export konventioneller Waffen von 1,5 Milliarden Dollar im Jahre 2005 auf 3,8 Milliarden im Jahre 2006. Deutschland zählt seit Jahren zu den führenden Kleinwaffenexporteuren weltweit. Laut Schätzungen des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes sterben rund 95 Prozent aller Opfer durch sogenannte „Kleinwaffen“ (Gewehre, Pistolen Mörser, Minen).

Wenn ich überlege, was aus uns Deutschen seit der Kapitulation 1945 bis heute im militärischen Bereich geworden ist, dann schüttelt es mich. „Nie wieder Krieg“ hieß es nach der Tragödie des Zweiten Weltkriegs. Heute feiern wir die Rückkehr Deutschlands auf die Schlachtfelder der Welt. Der berühmt-berüchtigte Satz von Clausewitz: „Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ gilt offensichtlich heute noch. Aus der Geschichte lernt niemand. Man vertröstet sich mit „Sachzwängen“, mit Bündnistreue und den besten Absichten. Doch muß sachlich zugegeben werden, daß wir in Deutschland wieder eine bis zu den Zähnen bewaffnete Nation geworden sind, die bereit ist, an den modernen Kolonialkriegen in aller Welt teilzunehmen.

Der Wehretat beläuft sich zur Zeit auf etwa 29-Milliarden Euro! Diese Rüstungskosten könnte unser Land für andere Zwecke dringend gebrauchen -- für Bildung etwa. Nur Bildung und die Fähigkeit zu kritischem Denken können helfen, aus diesem Desaster wieder herauszukommen. Wir sind immer noch eine Demokratie mit freien Wahlen. Eine Regierung ist jedoch nur so gut wie ihre Wähler es sind. Menschen, die nicht denken und reflektieren können, führen eine Demokratie ins Absurdum.

In den kommenden Wochen wird man im Bundestag über das verlängerte und verstärkte Mandat deutscher Soldaten in Afghanistan abstimmen. Spätestens jetzt hätten wir Deutschen eine Chance, zu zeigen, dass wir aus unserer Geschichte gelernt haben, Verantwortung zu übernehmen und uns aus diesem Krieg zurückzuziehen, uns grundsätzlich aus Kriegen herauszuhalten. Andere würden unserem Beispiel folgen. Wir von der IPPNW sagen: „Raus mit den Deutschen aus Afghanistan. Wir haben dort nichts verloren und demnach dort auch nichts zu suchen!“ Unsere Verfassung und das Völkerrecht verbieten uns den militärischen Einsatz im Ausland. Im Gegensatz zu Clausewitz halte ich dafür, daß wir einen Weg finden müssen, der uns vom Kult der Gewalt zu einer Kultur des Friedens führt. Daran müssen wir unermüdlich arbeiten.